

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

FIKO bewilligt Kredit für duale Informatikstrategie

Solothurn, 4. März 2011 – Die kantonsrätliche Finanzkommission (FIKO) hat sich über den Stand der Umsetzung der Informatikstrategie informieren lassen und den Nachtragskredit von 5,8 Mio Franken für das Upgrade der Windows- und Office-Umgebung einstimmig bewilligt. Ausserdem hat sie Änderungen beim Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Rechnungslegungsmodells HRM2 behandelt und einem Zusatzkredit für den Um- und Neubau der Justizvollzugsanstalt in Flumenthal/Deitingen zugestimmt.

Bekanntlich hat die Regierung auf Empfehlung externer Experten für die Umsetzung der künftigen IT-Strategie einen Masterplan definiert. Gemäss diesem Plan soll die Kantonale Verwaltung die Bürokommunikation auf die aktuellen Microsoft Produkte umstellen. Für die Umstellung von 1700 Arbeitsplätzen und die Schulung der Mitarbeitenden wird ein Zusatzkredit von 5,8 Mio. Franken benötigt. Der grösste Anteil des Kredites, nämlich 5,6 Mio Franken, wird im Jahr 2011 anfallen.

Die FIKO liess sich unter der Leitung ihrer Präsidentin Susanne Schaffner (SP, Olten), vom Finanzdepartement überzeugend darlegen, dass künftig das Amt für Informatik als kundenorientierter Dienstleistungsbetrieb funktionieren soll und die entsprechenden Verantwortlichkeiten in den Dienststellen installiert werden. Die Kommission nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, dass unter der

Leitung des Finanzdepartements, die IGV (Informatikgruppe Verwaltung) als zuständiges Steuerungsorgan, ihre Aufgaben Planung des Informatikeinsatzes und gesamtheitliches Controlling künftig wahrnehmen will. Sie nahm ebenfalls zur Kenntnis, dass in der Vergangenheit gewisse Einsparungen in der Informatik realisiert worden sind, welche die nun durch die Strategieanpassung nötigen Ausgaben relativieren. Bemängelt hat die Kommission aber den Umstand, dass der bei den Anwendern entstandene und nun durch die Umstellung auf die neue Bürokommunikation entstehende Produktivitäts- und Effizienzverlust bei der Kostenanalyse unberücksichtigt bleibt.

Ausserdem behandelte die Finanzkommission diverse Änderungen beim Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Das Gesetz muss angepasst werden, weil der Kanton Solothurn zukünftig seine Rechnungslegung nach HRM2-Standards führen will. Abgelehnt hat die FIKO aus grundsätzlichen Überlegungen zwei Änderungen, welche Kompetenzverschiebungen von der Verordnungsebene auf die Beschlussesebene des Regierungsrates vorgesehen haben.

Einstimmig bewilligte die FIKO einen Zusatzkredit für die Justizvollzugsanstalt von netto rund 4,5 Mio. Franken. Entgegen dem vom Volk im 2009 bewilligten Projekt einer Anstalt mit 60 Plätzen für den geschlossenen Strafvollzug und 30 Plätzen für den offenen Strafvollzug, soll die Justizvollzugsanstalt neu als rein geschlossene Anstalt betrieben werden. Die zusätzlichen Mittel werden benötigt, um die Sicherheitsanforderungen zu erhöhen und das Bauprojekt anzupassen. Damit kommt der Kanton Solothurn einem Wunsch des nordwest- und innerschweizerischen Konkordats nach Erhöhung der Anzahl geschlossener Plätze nach.